

# Fraktiondirekt

Das Magazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Dezember 2022

## Ohne Handwerk keine Qualität

Gastbeitrag von Julia Klöckner

### Zur Zeitenwende

Interview mit Johann David Wadehul

CDU  CSU

- 3**  
Zu Beginn  
*Thorsten Frei*
- 4**  
Im Gespräch  
*Johann David Wadephul zur  
Zeitenwende*
- 6**  
Im Fokus  
*Julia Klöckner über die Zukunft  
des Handwerks*

- 8**  
Im Fokus  
*Für den Krisenfall wappnen*
- 10**  
In eigener Sache  
*Regierung kontrollieren – Alternativen  
aufzeigen*
- 12**  
Im Bücherregal  
*Was wir lesen...*

- 14**  
Im Blick  
*Die Fraktion in Bildern*
- 16**  
Zu guter Letzt  
*Dorothee Bär zum #KitaQualitätsgesetz*

**4**

**Deutschland muss eine Führungsrolle übernehmen**

Der stellvertretende Fraktionschef Johann David Wadephul spricht über die sicherheitspolitischen Konsequenzen des russischen Kriegs gegen die Ukraine



© Michael Wittig

**6**

**Ohne Qualität kein Handwerk**

Die wirtschaftspolitische Sprecherin Julia Klöckner erklärt die Bedeutung des Handwerks für den Wohlstand in Deutschland



© Silz

**8**

**Für den Krisenfall wappnen**

Zahlreiche Krisen zeigen: Der Schutz der Zivilbevölkerung und der kritischen Infrastruktur muss verbessert werden



© Pixabay

**Liebe Leserinnen und Leser,**

in dieser atemlosen Zeit ist die Union die Stimme der Vernunft. Als größte Oppositionsfraktion ist sie in besonderem Maße gefordert, der Ampel-Koalition auf die Finger zu schauen – ihr gar hin und wieder auf die Finger zu hauen.

Nach dem Abschied aus der Regierungsverantwortung hat sich die CDU/CSU schnell wieder als relevanter Faktor in der deutschen Politik etabliert. So hätte es ohne unser Drängen weder ein 100-Milliarden-Sondervermögen gegeben, das ausschließlich der Bundeswehr gewidmet ist, noch ein Bürgergeld, das das Prinzip des Förderns und Forderns aufrechterhält. Unser Engagement und unsere Kompetenz wissen die Bürgerinnen und Bürger zu schätzen.

In dieser Phase der Umbrüche wird die Union als wichtiges Korrektiv wahrgenommen. Es ist uns ein Anliegen, die Ampel von den schlimmsten Abwegen abzuhalten. Doch diese Aufgabe allein wird unseren Ansprüchen nicht gerecht. Deshalb: Wir wollen so schnell wie möglich zurück in die Regierung.

Dafür wollen wir die langen strategischen Linien entwickeln, zurückfinden zu einer größeren Schlagkraft – kurzum: die Voraussetzungen schaffen, schnellstmöglich wieder Verantwortung zu übernehmen.

Dass wir dabei keine Zeit verlieren dürfen, zeigt sich beim Blick auf das Kanzleramt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine richtig erkannt, dass wir an einer Zeitenwende stehen. Aber er zieht daraus keine oder die falschen Konsequenzen, er bleibt weit hinter seinen Ankündigungen zurück. Der Kanzler fährt einen Zickzackkurs.

So wartet die Europäische Union darauf, dass Deutschland bei der Verteidigungsfähigkeit einen Gang zulegt. Es sorgt bei unseren Partnerländern für Kopfschütteln, dass im neuen Haushaltsplan der Etat für die Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr um mehrere 100 Millionen zurückgeht. Nicht besser steht es um das sogenannte Sondervermögen: Obwohl 100 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, flossen seit Bewilligung gerade mal acht Milliarden Euro ab.

Gleiches gilt für den Klimaschutz. Den globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß werden wir kaum drosseln, indem wir uns ideologisch verrennen und unsere Industrie mutwillig zerstören. Echter Klimaschutz gelingt nur mit einer Technologieoffensive, von der die gesamte Welt profitiert.

Lange Zeit galt Deutschland als „Apotheke der Welt“, in Zukunft soll sich Deutschland zur Ideenschmiede der Umwelttechnologie entwickeln. Die Union weiß um den Wert der Schöpfung und wird sich beherzt diesen Herausforderungen stellen.

Ihr

Thorsten Frei  
Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



© Tobias Koch

# Deutschland muss eine Führungsrolle übernehmen

Johann David Wadepful zur Zeitenwende und ihren sicherheitspolitischen Folgen

**Z**eitenwende oder Epochenbruch – egal, wie man es nennen mag: Der Überfall Russlands auf die benachbarte Ukraine am 24. Februar 2022 hat das politische Gefüge fundamental verändert. Welche Konsequenzen Deutschland und seine transatlantischen Partner daraus ziehen müssen, erläutert der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Johann David Wadepful, im Interview.

**Herr Wadepful, Putins Angriffskrieg scheint die Welt auf den Kopf zu stellen. Aber hätten wir die Entwicklung nicht kommen sehen können – spätestens seit der Annexion der Krim 2014?**

Wadepful: Das ist richtig. Die eigentliche Zeitenwende fand 2014 statt, als Russland sich die ukrainische Halbinsel Krim einverleibte und in der Ostukraine einfiel. Und dann überrannte damals, im Sommer 2014, auch noch der so genannte IS große Teile Syriens und Iraks. Damals wurde deutlich, dass die Zeit der Friedensdividende vorbei ist, dass es wieder echte Bedrohungen gibt. Das war der Grund, warum die NATO auf dem Gipfel von Wales 2014 endgültig das Zwei-Prozent-Ziel festschrieb, das besagt: Alle NATO-Staaten sollen zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. Verteidigung und Abschreckung wurden wieder als Kernziele beschrieben. Und wir, die Union, haben bei der Bundeswehr die als Trendwenden bezeichnete Abkehr vom Schrumpfen und Sparen eingeleitet. Das alles begann 2014.

Doch viele in unserem Land, inklusive unseres damaligen Koalitionspartners SPD, wollten davon leider nichts hören. Immer wieder haben die Sozialdemokraten sich gegen eine Erhöhung des Verteidigungsetats gestellt. Sinnvolle Vorhaben wie die Beschaffung bewaffneter Drohnen, die dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten dienen sollten, haben sie verhindert. Diese Haltung änderten sie erst am 24. Februar 2022, als Russland die Ukraine überfiel.

**Reicht das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, um die Bundeswehr den neuen Anforderungen gemäß aufzustellen?**

Wadepful: Klare Antwort: Nein! Die 100 Milliarden die-

nen dazu, zentrale und meist lange überfällige Beschaffungsvorhaben, die zum Teil schon seit bald einem Jahrzehnt auf der dringlichen Forderungsliste der Bundeswehr stehen, endlich umzusetzen. Aber zum einen werden dadurch nicht alle Fähigkeitslücken geschlossen, der Modernisierungstau wird nicht endgültig aufgelöst. Dafür bräuchte es noch weitere große Investitionen.

Und zum anderen schmilzt das Sondervermögen schon jetzt wegen der hohen Inflation und der steigenden Energie- und Rohstoffpreise gehörig zusammen. Als Fraktion haben wir immer gesagt, wir bräuchten eigentlich kein Sondervermögen, sondern wären glücklicher damit, wenn der Verteidigungshaushalt, der Einzelplan 14, anständig anstiege. Denn selbst wenn wir jetzt mit dem Sondervermögen viel beschaffen, es muss ja auch dauerhaft betrieben werden können. Dafür braucht es zusätzliches Personal, zum Teil sogar neue Infrastruktur. Mit anderen Worten: das wiederum kostet mehr Geld. Doch schon jetzt wird der eigentliche Verteidigungshaushalt durch Personal und Betriebskosten förmlich aufgefressen. Deswegen fordern wir als Fraktion vehement, dass nicht nur das Sondervermögen zügig und sinnvoll investiert werden muss, sondern dass parallel dazu der Verteidigungshaushalt ansteigt.

**Die NATO bekommt mit Schweden und Finnland zwei neue Mitglieder. Die EU plant eine neue Eingreiftruppe: Welche Rolle sollte Deutschland in EU und NATO einnehmen?**

Wadepful: Deutschland kommt eine Führungsrolle zu. Das hat mit unserem demographischen und wirtschaftlichen Gewicht zu tun, mit unserer geopolitischen Lage, mit unserem eigenen Selbstverständnis und unseren Interessen, aber auch mit der Erwartungshaltung unserer Partner in Europa und jenseits des Atlantiks. Führungsrolle heißt aber nicht, sich auf Lorbeeren zu betten, sondern sich mächtig ins Zeug zu legen. Und deswegen hat der geschäftsführende Fraktionsvorstand im Abschlusspapier seiner Klausur in Murnau das ambitionierte Ziel formuliert, dass die Bundeswehr zu den stärksten konventionellen europäischen NATO-Streitkräften ausgebaut werden muss.

**Die Zeitenwende betrifft nicht nur die Sicher-**



Johann David Wadepful  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Fraktion

**heitspolitik. Wie kann Deutschland seine Abhängigkeiten von autoritären Staaten verringern?**

Wadepful: Indem es zu einem breiten Austausch zwischen Regierung, Bundestag, Wirtschaft, Wissenschaft sowie mit unseren Partnern in NATO und EU kommt, der zügig zu einer möglichst umfassenden Strategie führen sollte. Wir müssen uns fragen: Wo liegen unsere Abhängigkeiten? Wieviel Zeit und Geld kostet es, welche dieser Abhängigkeiten zu verringern? Welche Antworten wir geben, ist zum Teil existenziell für ganze Wirtschaftszweige in unserem Land. Deswegen müssen die Analyse und die Strategieformulierung mit Bedacht und abgewogen erfolgen. Ein Hin und Her wie derzeit bei der Bundesregierung darf es nicht sein, denn dies stößt alle vor den Kopf und richtet nur Schaden an.

»Wir brauchen keine neue Weltordnung«

**Der UN-Sicherheitsrat hat sich als dysfunktional erwiesen, doch Reformen kommen seit Jahren nicht voran. Brauchen wir eine neue Weltordnung?**

Wadepful: Nein, wir brauchen keine neue Weltordnung. Denn es ist diese Weltordnung, die auf Regeln und internationalem Recht basiert, von der wir maßgeblich profitieren. Eher müssen wir zusammen mit Verbündeten und weiteren Staaten alles dafür tun, dass diese regelbasierte Weltordnung wieder ins Gleichgewicht kommt. Ja, es stimmt, die Vereinten Nationen leiden unter den Blockaden Chinas und Russlands. Doch zugleich sind sie der einzige anerkannte Ort, wo die Weltgemeinschaft zusammenkommt. Das sollte man weder kleinreden noch leichtfertig beiseiteschieben.«

# Ohne Handwerk keine Qualität

Die „Wirtschaftsmacht von nebenan“ ist unverzichtbar – „Made in Germany“ steht für Präzision und Verlässlichkeit

Von Julia Klöckner

Qualität, Präzision, Verlässlichkeit: Unser deutsches Handwerk ist weltweit dafür bekannt. Sollte das Etikett „Made in Germany“ anfangs abschrecken – die Bezeichnung wurde 1887 vom britischen Parlament vorgeschrieben, um „minderwertige“ Waren aus deutscher Industrieproduktion kenntlich zu machen –, wandelte es sich im Laufe der Zeit zu einem Qualitätslabel. Und: Ohne Handwerk sind manche politischen Ziele nicht zu erreichen, weder Energiewende noch Digitalisierung. Keine einzige Solaranlage wäre installiert, keine einzige Glasfaserleitung verlegt ohne unsere fleißigen Handwerkerinnen und Handwerker.

Unser Handwerk bezeichnet sich als „Wirtschaftsmacht von nebenan“ und das zu Recht: Über eine Million Handwerksbetriebe mit rund 5,6 Millionen Menschen erzielen einen Gesamtumsatz von rund 668 Milliarden Euro. Sie sind die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges und unseres Wohlstandes. Die Politik muss dafür sorgen, dass das so bleibt.

Familienunternehmen, die ihr Know-how von Generation zu Generation weitergeben, trotzen globalen Auf und Abs. Sie sind regional verwurzelt, sind gesellschaftlich und sozial engagiert. Sportverein, Brauchtum, Kirche, Jugendarbeit, Feuerwehr, Kammerwesen – Handwerk geht meist mit dem Ehrenamt einher. Kurzum: Das Handwerk hält unsere Gesellschaft zusammen.

Das gewinnt umso mehr an Bedeutung in Krisenzeiten – von der Corona-Pandemie bis zum Ukraine-Krieg, von der Energiekrise bis zur Inflation. Viele Handwerksbetriebe sind mit den Preissteigerungen überfordert. Ihre Kosten können sie nicht eins zu eins an die Kunden weitergeben. Zahlreiche Existenzen sind in Gefahr – und

damit ganze dörfliche und städtische Strukturen. Die Regierung muss darauf konkrete Antworten finden. Darauf wird die Union als größte Oppositionsfraktion dringen.

Laut einer aktuellen Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks sind etwa 60 Prozent der Handwerksbetriebe von Umsatzausfällen betroffen – die Folge von Kaufzurückhaltung, Stornierungen und Einschränkungen bei der Auftrags-erfüllung. Schon jetzt glauben rund 20 Prozent der Betriebe, dass ihnen bald das Geld ausgeht. Verschwinden aber die Handwerksbetriebe, verschwindet mehr als nur eine Unternehmensstruktur. Es verschwindet ein Stück Deutschland, ein Stück Bodenständigkeit. Deshalb heißt es jetzt: Vorsorge treffen.

Ganz klar: Die aktuelle Krisensituation müssen unsere Mittelständler möglichst unbeschadet überstehen – auch in unser aller Interesse. Die Union hat dazu konkrete Vorschläge erarbeitet. Statt Ampel-Stückwerk ist ein Plan aus einem Guss notwendig. Hierzu gehören die konsequente und ideologiefreie Ausweitung des Energieangebots, um Preise zu senken und die Versorgung zu sichern. Wichtig in dem Zusammenhang wäre die Verlängerung der Laufzeiten der verbliebenen drei Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024.

Helfen kann dem Handwerk die Gas- und Strompreisbremse, der vollständige Ausgleich der kalten Progression sowie die pragmatische Auszahlung von Zuschüssen. Gefragt ist: Pragmatismus statt Bürokratie, Vertrauen



Julia Klöckner  
Wirtschaftspolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

»Das Handwerk hält unsere Gesellschaft zusammen«



statt Misstrauen, Tempo statt Zaudern. Unser Staat kann gewiss nicht alle Belastungen auffangen, aber er kann versuchen, sie so gut wie möglich abzumildern.

Vorausschauend die richtigen Weichen stellen, heißt: Rahmenbedingungen überprüfen, ob sie Betriebe in die Lage versetzen, gerade jetzt mehr zu investieren, innovativ zu sein und Arbeitskräfte einzustellen. Es ist ein Geben und Nehmen: Die ökologische und digitale Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn die Politik die Wirtschaft stärkt. Deutschland soll doch zum Vorbild für den Wandel werden und nicht zum abschreckenden Beispiel.

Schluss mit der Zettelwirtschaft: Wir stärken das Handwerk, indem wir Dokumentationspflichten und Regulierungen abschaffen, indem wir die Betriebe von Steuern und Abgaben entlasten. Außerdem unabdingbar: flexible Arbeitsmärkte, leistungsfähige Infrastrukturen sowie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Rohstoffe müssen besorgt werden – aus heimischen Vorkommen, aber auch über Handels- und Rohstoffpartnerschaften. Nicht zuletzt muss die Digitalisierung hierzulande vorankommen. Beispiel: die Steuererklärung per App. Doch alles ist nichts ohne ein ausreichendes Maß an Fachkräften. Seit

Jahren geht die Zahl der Auszubildenden im Handwerk zurück. Gut ausgebildetes Personal wird dringend gesucht in Bereichen wie Hoch- und Tiefbau, Sanitär und Heizung, Metzgerei und Bäckerei oder Elektro und Orthopädie. Dort fehlen gut 250.000 Mitarbeiter. Das hat Folgen: Bevor ein

Betrieb damit beginnen kann, einen Auftrag in Angriff zu nehmen, vergehen im Schnitt neun Wochen.

Um das Problem zu beheben, müssen die Jobcenter aktiv werden. Sie müssen die Unternehmen bei der Einstellung von Personal stärker unterstützen: mit attraktiverer beruflicher Aus- und Weiterbildung, mit Nach- und Teilqualifizierungen, einer individuelleren Berufsberatung sowie einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nicht nur das Studium bietet jungen Leuten eine Perspektive, auch die Ausbildung im Handwerk.

Bei der Fachkräfteeinwanderung haben wir als Union in der vergangenen Legislaturperiode genau die richtigen Gesetze durchgebracht, die den Unternehmen helfen. Jetzt müssen die Gesetzesmöglichkeiten angewendet und die Verfahren beschleunigt werden. Hier hat die Ampel noch etliches zu tun.«



© Pixabay, S. Hermann

# Für den Krisenfall wappnen

## Bevölkerungsschutz verbessern – Infrastruktur abschirmen

Terrorangriffe und Cyberattacken, Pandemien und Unwetter, Klimawandel und Krieg in der Nachbarschaft: die Herausforderungen nehmen zu, im Bereich der Verteidigung wie beim Zivilschutz. Eine umfassende Modernisierung des Bevölkerungsschutzes fordert daher die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag: vom Aufbau einer Reserve ziviler Helfer über die Aufstockung der Katastrophenhilfe bis zur Bevorratung von Trinkwasser, Nahrung und Energie. Auch die kritische Infrastruktur muss besser geschützt werden.

Während die Bundeswehr zeitnah nach dem russischen Überfall auf die Ukraine mit einem Sondervermögen von 200 Milliarden Euro ausgestattet wurde, vernachlässigt die Ampel-Koalition den Bevölkerungsschutz, wie sich am Haushalt für das Jahr 2023 zeigt. Dabei müssen nach Ansicht von Fraktionsvize Andrea Lindholz Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik endlich zusammengedacht werden. „Militärische und zivile Verteidigung sind zwei Seiten derselben Medaille“, sagt sie.

Der innenpolitische Sprecher Alexander Throm schüttelt den Kopf darüber, dass die Ampel es im Haushalt versäumt hat, den Bevölkerungsschutz in ausreichendem Maß zu stärken. Die Union hingegen hatte eine Steigerung

der Mittel um 580 Millionen Euro gefordert, als Investitionen in die Behörden des Bevölkerungsschutzes, in das Technische Hilfswerk (THW) und die Bundespolizei. „Die Regierung muss jetzt Krisenvorsorge für den Fall eines flächendeckenden Ausfalls der Strom- und Trinkwasserversorgung treffen“, moniert Throm.

Auch der haushaltspolitische Sprecher Christian Haase kann die Haltung der Ampel nicht nachvollziehen. Sicherheit habe ihren Preis, sagt er. „Allein die Ausrüstung der Bundeswehr zu verbessern, reicht nicht.“ Der Zivil- und Katastrophenschutz brauche modernes Gerät wie Pumpen, Generatoren oder Hebekissen. Nur dann könne er im Notfall den Bürgern zur Seite stehen. Gleiches gelte für die Bundespolizei.

Das Geld für den Zivilschutz wäre vorhanden gewesen, betont Berichterstatter André Berghegger und verweist auf die Steuererhöhungen. Neue Schulden hätten dafür nicht aufgenommen werden müssen.

Der Katastrophenschutz war nach dem Ende des Kalten Krieges im allseitigen Einvernehmen ziemlich abge-

speckt worden. So wurden Sirenen abgebaut und das Bundesamt für Zivilschutz im Jahr 2000 aufgelöst. Schutzanlagen wurden umgewidmet und Vorratslager aufgelöst. Dieses Sicherheitsgefühl war trügerisch. Spätestens seit der Corona-Pandemie und der Flutkatastrophe im Ahrtal weiß man: Es wurde am falschen Ende gespart.

Damals hatte die Bundeswehr geholfen, die aber nur in Ausnahmefällen im Inneren einspringen darf. Die sogenannten Helfenden Hände der Bundeswehr wurden eingesetzt für Covid-Tests in Seniorenheimen, für die Nachverfolgung von Infektionsketten, für den Bau von Behelfsbrücken im Ahrtal. Diese Amtshilfe bindet Personal, das bei der Bündnis- und Landesverteidigung fehlt.

In einem Antrag mit dem Titel „Aus den Krisen lernen – Für einen starken Bevölkerungsschutz“ setzt sich die Unionsfraktion daher für den Aufbau einer personellen Reserve ein, um die Hilfsorganisationen zu stärken und die Bundeswehr zu entlasten.

Nach Auffassung der Fraktion sollen Anreize geschaffen werden, damit Menschen sich freiwillig für eine Grundausbildung im Bevölkerungsschutz melden.

Die Union will außerdem einen „Pakt für den Bevölkerungsschutz“ schließen. Über einen Zeitraum von zehn Jahren soll der Bund garantiert zehn Milliarden Euro in Zivilschutz und Katastrophenhilfe investieren. Die Bundesländer sollen zu ähnlichen Investitionen animiert werden. Auch nationale Reserven für Energie, Trinkwasser und Ernährung sollen nach dem Willen der Fraktion aufgebaut werden. Nicht zuletzt soll das neu aufgestellte Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) dauerhaft personell und finanziell aufgestockt werden.

Besorgniserregend findet die Unionsfraktion, dass die föderalen Strukturen in Großschadenslagen nicht optimal funktionieren. Weil es vielerorts Parallelstrukturen gibt, weil die Länder selten an einem Strang ziehen und weil die Informationen zwischen ihnen nur träge fließen, streben CDU und CSU eine neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern an.

Schutzbedürftig ist vor allem die kritische Infrastruktur der Bundesrepublik, etwa die Wasser- und Stromversorgung, die Krankenhäuser, die Verkehrswege oder das Computernetz. Sie sind nicht nur von Terror- und Cyberangriffen bedroht. Schaden kann auch eine Übernahme von Seiten ausländischer Unternehmen. Denn hinter ihnen stehen nicht selten autoritäre Regime – Beispiel Russland, Beispiel China.

„Die mutmaßlichen Sabotageakte auf Nord Stream 1 und 2 und gegen die Deutsche Bahn haben gezeigt, wie

verletzlich unsere kritischen Infrastrukturen sind“, warnt Alexander Throm. Um diese zu schützen, seien massive Investitionen in die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei- und Sicherheitsbehörden nötig, sagt er. Im Haushalt der Ampel wurde der Sicherheitsbereich jedoch um 1,4 Milliarden Euro gekürzt.

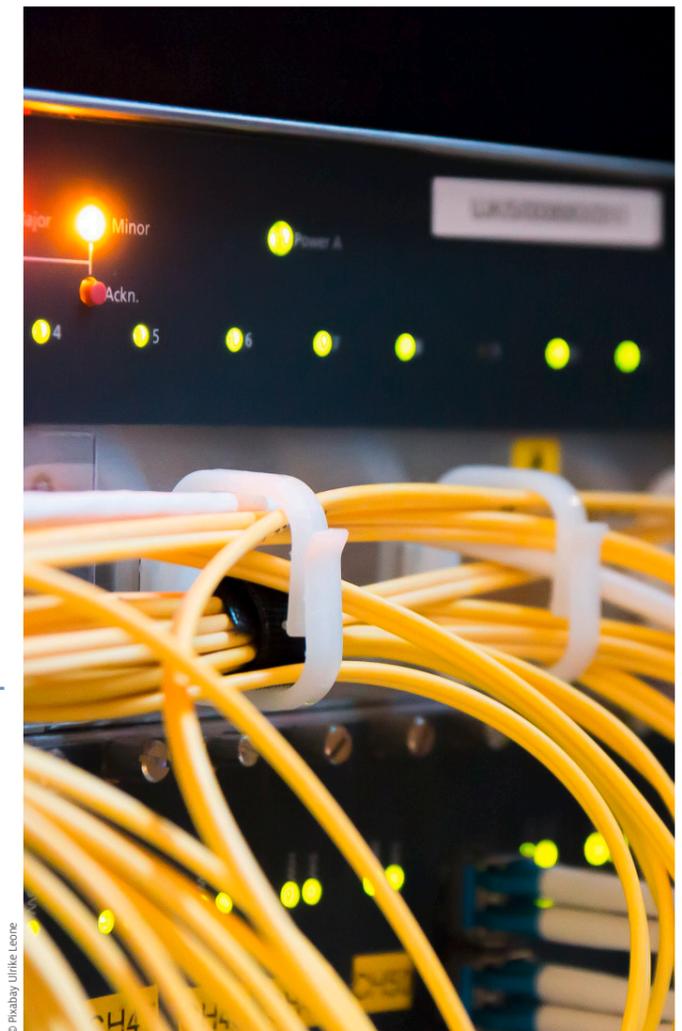
Um unerlässliche Infrastrukturen vor einer Übernahme durch dubiose Unternehmen zu bewahren, hat die unionsregierte Bundesregierung in der vergangenen Wahlperiode dafür gesorgt, dass man Investoren nun genauer auf die Finger schaut. Denn es dürfe nicht sein, dass „China bei uns einen Fuß in die Tür bekommt“, warnt Julia Klöckner im Deutschlandfunk. Handel und Austausch seien gut, aber es dürften keine einseitigen Abhängigkeiten von bestimmten Ländern entstehen. Um die Lieferketten jederzeit aufrechtzuerhalten, lautet die Devise: Nicht alles auf eine Karte setzen!

Dafür plädieren die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn und Johann David Wadehul in der „FAZ“. Die Sicherheit und Verlässlichkeit der Wertschöpfungsketten, der Energie- und Rohstoffimporte gehörten zur nationalen und europäischen Sicherheit, schreiben sie. In entscheidenden Bereichen müsse Deutschland souveräner werden: „nie wieder dürfen wir uns in eine einseitige Abhängigkeit von einem autoritären Staat begeben“.

»Am falschen Ende gespart«

»Ampel vernachlässigt Bevölkerungsschutz«

»Einseitige Abhängigkeiten vermeiden«



© Pixabay, Ulrike Leone

# Regierung kontrollieren – Alternativen aufzeigen

## CDU/CSU-Fraktion versteht sich als konstruktive Opposition



© Tobias Koch

Die CDU/CSU-Fraktion ist die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag. Diese Rolle nimmt die Unionsfraktion engagiert und verantwortungsbewusst wahr: Zum einen kritisiert sie die Regierungskoalition, indem sie deren handwerkliche Fehler und politische Irrtümer benennt. Zum anderen zeigt sie Alternativen auf, bringt eigene Konzepte und frische Ideen in die politische Debatte ein.

Ihre Werte und Ziele teilt die CDU/CSU-Fraktion mit ihren „Mutterparteien“ CDU und CSU. Die Parteien formulieren diese Werte und Ziele in Grundsatzprogrammen, Parteitagbeschlüssen und Wahlprogrammen. Aufgabe der gemeinsamen Fraktion ist es, diese Ziele in politische Forderungen umzumünzen. Dafür arbeitet sie Gesetzentwürfe und Anträge aus. Zu aktuellen politischen Themen formuliert sie Positionspapiere. Um Licht in das Handeln der Ampel-Koalition zu bringen, richtet sie regelmäßig Kleine und Große Anfragen an die Regierung.

Der Parlamentsalltag ist oft bestimmt von der kleinteiligen Arbeit in den Bundestagsausschüssen sowie den Arbeitsgruppen und anderen Gremien der Fraktion. Highlights sind demgegenüber die großen Debatten im Plenum. Dort versucht die Unionsfraktion, die anderen Fraktionen

und – nicht zuletzt – die Öffentlichkeit von ihren Positionen zu überzeugen. Elementares Beispiel ist die Generalausprache zum Haushalt, die traditionsgemäß der Oppositionsführer eröffnen darf. Bei Regierungserklärungen antwortet der Oppositionsführer direkt auf den Bundeskanzler.

»Nur dem Gewissen verpflichtet«

Diese Wortgefechte führt für die Unionsfraktion mit Verve ihr Vorsitzender Friedrich Merz. In seinem Amt hat Merz darauf zu achten, dass die Fraktion in Sachfragen zu einer einheitlichen Linie findet und diese nach außen möglichst geschlossen vertritt – ein nicht immer leichtes Unterfangen, da Abgeordnete laut Grundgesetz nur ihrem Gewissen verpflichtet sind. Flankiert wird Friedrich Merz vom CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, der gleichzeitig Erster Stellvertreter der Vorsitzenden ist.

Trotz der besonderen Stellung der Abgeordneten gilt: Je geschlossener die Fraktion auftritt, desto überzeugender ist sie für die Bürgerinnen und Bürger. Um die Haltung der Union in diversen Fragen ringen der Fraktionsvorstand, der Geschäftsführende Vorstand und die Fraktionsvollversammlung mit ihren derzeit 197 Mitgliedern während der Sitzungswochen.

Unterstützt wird Fraktionschef Merz nicht nur von seinen Stellvertretern, sondern auch von den Parlamentarischen Geschäftsführern, die wie „Fraktionsmanager“ arbeiten. Sie koordinieren die interne Arbeit, kümmern sich um die Abstimmung mit den unionsgeführten Ländern, beteiligen sich im Ältestenrat des Bundestages an der Planung der parlamentarischen Tagesordnung und achten auf die Wahrung der Geschäftsordnung. Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion ist Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Stefan Müller.

## Fakten und Zahlen zur CDU/CSU-Fraktion

Die CDU/CSU-Fraktion im 20. Deutschen Bundestag zählt 197 Abgeordnete. Davon errangen 143 ein Direktmandat, 54 gelangten über die Landesliste ins Parlament. 49 zogen erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Der CDU gehören 152 Abgeordnete an, der CSU-Landesgruppe 45. Der Frauenanteil beträgt mit 45 Parlamentarierinnen knapp 23 Prozent.

Jüngste Abgeordnete ist mit 28 Jahren Catarina dos Santos Wintz aus dem Wahlkreis Aachen II. Damit gehört sie zur „Jungen Gruppe“, also den Abgeordneten, die zu Beginn der Wahlperiode unter 35 Jahre alt waren. Insgesamt besteht die Junge Gruppe aus 15 Abgeordneten, darunter vier Frauen. Ihre Vorsitzende ist die 33-jährige Ronja Kemmer.

Die größte Landesgruppe innerhalb der Unionsfraktion ist die CSU-Landesgruppe mit ihren 45 Abgeordneten. Insgesamt 42 Abgeordnete kommen aus Nordrhein-Westfalen und 33 aus Baden-Württemberg. Zu den kleinsten Landesgruppen zählen Hamburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit je drei Abgeordneten, das Saarland mit zwei Abgeordneten und Bremen mit einem Abgeordneten. Aus Ostdeutschland stammen insgesamt 26 Abgeordnete.

Entgegen der landläufigen Meinung sitzen in der CDU/CSU-Fraktion nicht nur Juristen oder Beamte. Die Fraktion repräsentiert die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite. Insgesamt finden sich dort Vertreterinnen und Vertreter von 74 Berufen, vom Elektromeister über den Gymnasiallehrer bis zur Biochemikerin, von der Physiotherapeutin über den Winzer bis zum Berufssoldaten.



© Michael Wittig



# Was wir lesen...

Bücher lassen uns den Alltag vergessen. Die Stunden, in denen wir lesen, tauchen wir ein in eine andere Welt – eine fremde, eine phantastische, eine märchenhafte. Begeisterte Leser sind fast immer auf der Suche nach einem guten Tipp, nach einem Buch, das sie noch nicht kennen, das sie verführt, alles andere stehen und liegen zu lassen. Wir haben vier Abgeordnete gefragt, welche Lektüre sie uns empfehlen. Hier ihre Auswahl:

## Anne König aus Borken

„Wie der Engel zu seinen elf Punkten kam“ ist eine kurze Erzählung für die ganze Familie. Im Mittelpunkt steht ein Musikantenengel aus Grünhainichen im Erzgebirge. Hier steht die Manufaktur Wendt & Kühn, die seit mehr als 100 Jahren Musikantenengel fertigt.

Eines Nachts wird einer der Musikantenengel von seiner Neugierde gepackt. Bereits mit seiner Trompete ausgestattet, möchte er endlich mit den anderen Musikantenengeln im Grünhainicher Orchester spielen. Er verlässt die Manufaktur auf eigene Faust. Zunächst wird er jedoch bitter enttäuscht, denn ihm fehlt das Markenzeichen der Musikantenengel: elf weiße Punkte auf seinen grünen Flügeln. Der Leser begleitet den Engel, wie er sich durch eine Reihe Prüfungen seine Punkte doch noch verdient.

Die detailreichen Illustrationen bringen Kinderaugen zum Leuchten und auch die Erwachsenen können sich in dieser Erzählung von Tatendrang und Hoffnung wiederfinden. Behagliche Stimmung garantiert!

**Wendt&Kühn (Hrsg.), Wie der Engel zu seinen elf Punkten kam, 32 S.**



© Michael Wittig

## Jonas Geissler aus Coburg

Die Nick-Seafort-Saga ist in meinen Augen eines der großartigsten Science-Fiction-Abenteuer überhaupt. Sie ist die Geschichte einer Raumfahrt, die irgendwie an die christliche Seefahrt erinnert. Im Mittelpunkt steht ein junger Offizier, der durch tragische Umstände erst Captain eines Raumschiffs wird, viel später Admiral und irgendwann Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Das Epos führt in eine Welt, die hochgradig politisch ist. Es ist gesellschaftskritisch und schreibt eine Zukunft fort, deren Grundsteine bereits heute gelegt sein könnten. Durch die enge Bindung an die Hauptfigur entsteht für den Leser fast der Eindruck, er sei selbst Teil dieses Weltraumabenteu-

ers. Der Autor David Feintuch wurde 1996 für den ersten Band der Seafort-Saga mit dem „Best New Writer Award“ ausgezeichnet. Nicht nur deshalb gehört für einen Fan des Genres diese Romanserie auf jeden Fall ins Bücherregal. Sie ist mein besonderer Lesetipp für Feierabende.

**David Feintuch, Die Nick-Seafort-Saga, 7 Bände, Bastei-Lübbe-Verlag**



© Michael Wittig

## Otilie Klein aus Berlin

„Sozial ist, was stark macht“ – Das trifft nicht nur auf unser Sozialsystem zu, es ist auch der Titel des Buches, das ich Ihnen empfehlen möchte. Der Autor Georg Cremer taucht ein in die Debatte um soziale Gerechtigkeit und hält ein Plädoyer auf die Befähigung des Einzelnen zur Entfaltung seiner Potenziale. Wie der Staat jene, die Hilfe benötigen, befähigen kann, das beschreibt der ehemalige Generalsekretär des Deutschen Caritas-Verbandes quer durch alle Politikfelder – vom Gesundheits- und Bildungswesen über den Arbeitsmarkt bis hin zur Wahrnehmung von Rechten und politischer Partizipation. Absolute Leseempfehlung!

**Georg Cremer, Sozial ist, was stark macht – Warum Deutschland eine Politik der Befähigung braucht und was sie leistet, Herder Verlag**



© Michael Wittig

## Franziska Hoppermann aus Hamburg

„Elbleuchten“ von Miriam Georg spielt in Hamburg im Jahr 1886. Familie Karsten ist eine der erfolgreichsten Reederfamilien der Hansestadt. Ihre Mitglieder leben in einer Villa an der Außenalster ein behütetes Familienleben. Die Arbeiter hingegen leben in fürchterlichen Verhältnissen, räumlich und hygienisch, im Gängeviertel.

Zwei Lebenswelten, die sich eigentlich nicht begegnen – bis an einem heißen Sommertag Lily, die Reedertochter, ein neues Schiff tauft. Dabei weht ihr Hut in die Elbe. Ein Arbeiter soll ihn holen und erleidet dabei einen furchtbaren Unfall. Ein Freund des Verunglückten versucht, sich für ihn und dessen Familie bei Lily einzusetzen. Und die Reederstochter will helfen. So beginnt eine Geschichte, in der es neben den so unterschiedlichen Schichten, die sich nicht verbinden dürfen, auch um die Ungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen geht.

Ein großartiger Roman – der Beginn einer Reihe – , bestens geeignet für Abende auf dem Sofa oder vor dem Kamin.

**Miriam Georg, Elbleuchten: Eine hanseatische Familiensaga, Rowohlt-Verlag**



© Michael Wittig

# Die Fraktion in Bildern

Der Parlamentsalltag ist oft bestimmt von der kleinteiligen politischen Arbeit in den Gremien der Fraktion und des Bundestages. Highlights sind hingegen die Veranstaltungen der CDU/CSU-Fraktion. Hier eine kurze Nachlese.

## Wege zur Parität

Die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (r.) kämpft seit Jahrzehnten für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Mann und Frau. Über die Wege zur Parität diskutierte die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion bei einem Fachgespräch am 21. Juni 2022. Dabei würdigte sie auch Süßmuths Lebensleistung.



© Michael Wittig

## Ganz oben

Zuversicht verbreitete die Unionsfraktion bei ihrer Klausur auf der Zugspitze. Der geschäftsführende Vorstand um Friedrich Merz (li.) und Alexander Dobrindt (r.) diskutierte mit EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen (Mitte) und der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm vom 1. bis 3. September 2022. Sie erarbeiteten Lösungen für die Energiekrise.



© Tobias Koch

## Einblicke in den Bundestag

Schlange stehen vor dem Popcorn-Stand der CDU/CSU-Fraktion. Beim Tag der offenen Tür des Bundestages am 4. September 2022 konnten die Bürgerinnen und Bürger Europa-Karaoke singen, sich auf Fotos am Rednerpult verewigen lassen, Schoko-„C“s aus dem 3D-Drucker naschen oder im Raum der Sicherheit entspannen.



© Michael Wittig

## Patriotismus heute

Was hält unser Land zusammen? Welche Rolle spielen dabei Verfassung und nationale Symbole? Diese Fragen beleuchtete der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (ganz rechts) in einem Vortrag beim Fachgespräch der Unionsfraktion „Patriotismus heute“. Es diskutierten der CDU-Innenpolitiker Philipp Amthor, der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière, die Zweierbob-Weltmeisterin Mariama Jamanka, der Musiker Eko Fresh und die CDU-Politikerin Serap Güler (v.l.n.r.) am 18. Oktober 2022.



© Michael Wittig

## Für mehr regionale Lebensmittel

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wirbt für mehr regionale Lebensmittel. Mit regionalen Produkten bleibt die Wertschöpfung bei unseren Landwirten. Umwelt und Klima werden durch kurze Wege geschont. Für die Aktion am 27. September 2022 brachten zahlreiche Abgeordnete typische Lebensmittel aus ihren Wahlkreisen mit nach Berlin – von Äpfeln über Honig und Stollen bis zu Müsli und Würstchen.



© Michael Wittig



©Tobias Koch

← Tweet 

 **Dorothee Bär**   
@DoroBaer

Das **#KitaQualitätsgesetz** der  ist eine Mogelpackung. Qualität steht drauf, steckt aber nicht drin. Länder, die an Personal sparen, dürfen weiter Beiträge senken. Die frühkindliche Bildung wird plattgemacht durch das Streichen der **#Sprachkitas**. **#Rolle-Rückwärts-Gesetz**

Dorothee Bär  
Stellvertretende Vorsitzende  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:  
[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

 [www.facebook.com/  
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Die Veranstaltungen der Fraktion:  
[www.cducusu.de/veranstaltungen](http://www.cducusu.de/veranstaltungen)

 [www.youtube.com/cducusu](https://www.youtube.com/cducusu)

Der Podcast des Fraktionsvorsitzenden:  
[www.cducusu.de/podcast/bei-anruf-merz](http://www.cducusu.de/podcast/bei-anruf-merz)

 [www.instagram.com/  
cducusubt](https://www.instagram.com/cducusubt)

Bundestagsdrucksachen:  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

### »Fraktion direkt – Der Newsletter«

»Fraktion direkt – Der Newsletter« erscheint in elektronischer Form nach jeder Sitzungswoche freitagnachmittags. Den Newsletter können Sie abonnieren unter:  
[www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter)

### Impressum

Herausgeber:  
Thorsten Frei MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

vi.S.d.P. Hero Warrings

Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
[pressestelle@cducusu.de](mailto:pressestelle@cducusu.de)

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

**CDU**  **CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag